

Auf gutem Weg zur Klimaneutralität?

Antrag für einen Klimaaktionsplan soll im nächsten Umweltsenat behandelt werden

(skl/red) Ein Klimaaktionsplan für Landshut im Laufe des nächsten Jahres, der aufzeigen soll, wie die Stadt binnen zehn Jahren klimaneutral werden kann: Das ist die wesentliche Forderung des Bürgerbegehrens „Landshut in 10 Jahren klimaneutral“. Ein solcher Klimaaktionsplan ist nun tatsächlich in greifbare Nähe gerückt – sogar schneller, als es sich die Initiatoren selbst gedacht hätten.

Der Vorsitzende des Umweltsenates, zweiter Bürgermeister Thomas Haslinger (CSU/LM/JL/BfL), hat fraktionsübergreifend einen entsprechenden Stadtratsantrag eingebracht, der bereits im nächsten Umweltsenat am 14. April behandelt werden soll. „Als erster Schritt“, wie Evi Hierlmeier betont, eine der Sprecherinnen des Bürgerbegehrens. Sollte der Antrag dann auch im Stadtratsplenum eine Mehrheit finden, sehen die Initiatorinnen und Initiatoren das Bürgerbegehren als erfüllt an.

„Im Ziel nicht weit auseinander“

Regelrecht „perplex“ sei sie gewesen, sagt Hierlmeier, als sich bei einem längeren Gespräch im Februar zwischen Bürgermeister und Verwaltung auf der einen und Vertreterinnen und Vertretern des Bürgerbegehrens auf der anderen Seite herausgestellt habe, „dass wir im Ziel nicht weit auseinander liegen“. Es gelte, im Klimaschutz strategischer zu denken. Es gebe zwar viele Einzelmaßnahmen, aber ein Gesamt-



Evi Hierlmeier, eine der Sprecherinnen des Bürgerbegehrens „Landshut in 10 Jahren klimaneutral“, und zweiter Bürgermeister Thomas Haslinger loben beide die konstruktive Atmosphäre beim gemeinsamen Austausch, der in den Antrag an den Stadtrat gemündet ist.



Fotos: Hierlmeier, Haslinger

konzept für die Stadt fehle bislang. Deshalb seien beide Seiten übereingekommen, dass Landshut einen Klimaaktionsplan brauche.

„Wir haben gezeigt, dass wir das Anliegen ernst nehmen“, sagt Thomas Haslinger. „So ein Gutachten ist ganz in unserem Sinne. Wir wollen Zahlen, Daten und Fakten, wie wir Klimaneutralität verwirklichen können, und wir wollen vor allem auch wissen, was es letztendlich kostet.“ Einige Maßnahmen, die das Bürgerbegehren vorschlage, könne man sicher sehr schnell und kostengünstig umsetzen. „Bei anderen

werden wir die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen sehen, die der Stadt gesetzt sind.“ Ein Klimagutachten sei die Grundlage, „auf deren Basis wir politisch diskutieren wollen, was für die Stadt umsetzbar ist und was nicht“. Insgesamt eine „Win-Win-Situation“, befindet er.

Konkret liest sich das so: „Die Verwaltung beauftragt ein Planungsbüro, die bestehenden Energie- und Klimakonzepte der Stadt Landshut zu evaluieren, fortzuschreiben und zu vervollständigen. Das Ergebnis soll binnen eines Jahres ein Klimaaktionsplan sein, der

konkrete Maßnahmen, deren Kosten und Finanzierungsmöglichkeiten aufführt, welche es der Stadt Landshut ermöglichen würden, innerhalb von zehn Jahren klimaneutral zu werden.“

Der Antrag ist laut Haslinger bis diesen Donnerstag in den Stadtratsfraktionen im Umlauf. Seine Fraktion stehe jedenfalls geschlossen dahinter. „Ich kann mir auch nicht vorstellen, warum man dem nicht zustimmen sollte“, so der Bürgermeister.

„Inhaltlich das, was wir wollen“

Evi Hierlmeier und ihren Mitstreitern wiederum war es wichtig, dass der Antrag – „inhaltlich das, was wir wollen“ – tatsächlich fraktionsübergreifend und „kein Alleingang“ sein sollte. „Wir müssen die Thematik in die Köpfe der Leute kriegen“, sagt sie. „Der Klimawandel wartet nicht.“ Die Folgekosten, sollte man keine Maßnahmen ergreifen, wären „immens“: „Der CO₂-Preis wird steigen, und er wird gezahlt werden müssen. Deshalb ist Klimaneutralität im Interesse von uns allen.“

Nach Rücksprache mit Oberbürgermeister Alexander Putz (parteilos) und der Verwaltung wird der Antrag wie gewünscht im Umweltsenat am 14. April behandelt und am besten auch beschlossen, so Haslinger. Die Zustimmung der Senatsmehrheit vorausgesetzt, „werden die Vertreter des Bürgerbegehrens Rederecht haben“, stellt er in Aussicht.